



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Acht Tage später. Ich fahre, ehe die Zugzeit zu Ende geht, noch einmal hinaus. Vielleicht glückt's heute besser. Wenn wir nur erst abfahren! Man sitzt gerade lange genug, wenn man eine volle Stunde mit der Bahn und eine weitere halbe mit dem Wagen fahren muß.

Da kommt der Mann mit den Zeitungen vorüber. Ich winke ihn heran.

Haben Sie italienische Blätter?

Nur die Tribuna.

Von welchem Tage?

Vom neunten April.

Also schon drei Tage alt. Doch was tuts! Geben Sie her!

Ich lese das Blatt ja doch bloß, um mit der Sprache ein wenig in der Übung zu bleiben. Und dann, ich weiß selbst nicht, wie es kommt, aber seit dem Ereignis von voriger Woche hat alles Italienische wieder ein besonderes Interesse für mich.

Ich überfliege die Rubriken. *Noterelle politiche* — *Informazioni* — *Cronaca di Roma*. Eine Menge belangloser Kleinigkeiten. Prozesse, Kongresse, Tiberregulierung, Luftballonaufstieg. Doch da — mir schießt das Blut zu Kopfe! — da steht: Der Trauerfall im Hause Montelupo. Heute fand unter außerordentlicher Beteiligung der Bevölkerung die Beisetzung der am sechsten dieses Monats während des Aveläutens auf eine so plötzliche und unerklärliche Weise aus dem Leben geschiednen jungen Fürstin statt. Unter den Leidtragenden bemerkte man außer zahlreichen Mitgliedern der Aristokratie Seine Eminenz den Kardinalstaatssekretär Merry del Val, den Majordomus Seiner Heiligkeit, Monsignore Cagiano de Azevedo und den großbritannischen Botschafter beim Königlichen Hofe, Sir Bertie . . .

Die Buchstaben beginnen zu tanzen. Ich muß die Zeitung aus der Hand legen. Vor meinem Geiste steigt das Bild der Verstorbenen auf und schaut mich mit großen leidvollen Augen ruhig an. Wo habe ich diese dunkeln traurigen Augen doch nur in den letzten Tagen gesehen? Ich sinne und sinne. Endlich fällt mir's ein: draußen auf dem braunen Sturzacker vor der Krähenhütte. *Have pia anima!*

An diesem Tage hätte ich Weidmannsheil haben können. Zwei rote Milane und ein Hühnerhabicht stießen, aber — wie kam es nur? War mein Auge trüb, oder zitterte meine Hand? — ich habe nur ein paar Fehlschüsse getan.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 5. April 1908

(Die letzten Verhandlungen des Reichstags. Das Vereinsgesetz. Interpellation über Schiffsahrtsabgaben. Der Fall Tower-Hill.)

Noch gerade vor Toreeschluß ist der Reichstag mit dem Etat fertig geworden. Erst am 30. März wurde die dritte Lesung beendet und das Etatsgesetz angenommen. Nun sollen in der kurzen Zeit vor Ostern noch wichtige Arbeiten zu Ende geführt werden, und wenn dann der Reichstag in die Ferien geht, wird er mit Befriedigung auf ein tüchtiges Quantum geleisteter Arbeit zurückblicken können. Der Block hat sich also bisher gut bewährt trotz allen übeln Prophezeiungen und den mit Eifer und großer Fähigkeit fortgesetzten Sprengungs- und Unterminierungsversuchen des Zentrums. Daß es zwischendurch an unerfreulichen Aufsitzen, die der Würde des Reichstags nicht zugute kommen, leider auch nicht gefehlt hat, muß freilich festgestellt werden. Außer der bekannten Entgleisung des Abgeordneten

Grüßer mit ihren merkwürdigen Folgeerscheinungen ist dahin auch der sonderbare „Sängerkrieg“ zu rechnen, der neulich zwischen den Abgeordneten Roeren und Müller-Meinungen ausgefochten wurde. Es kann ja wohl vorkommen, das politische Gegner im hitzigen Wortgefecht etwas persönlicher werden, als vielleicht notwendig ist. Wenn sie sich aber unter steigender „Heiterkeit“ des Hauses, dessen Stimmung stark an die eines Zirkuspublikums bei einer guten Nummer erinnert, gegenseitig mit improvisierten Knallbonbondevisen bombardieren, die noch sehr wesentlich hinter den Ansprüchen an gewöhnliche Knallbonbondevisen zurückbleiben, dann kann das bei Männern in solcher Stellung und solchem Lebensalter nur peinlich wirken. Das werden selbst weitherzige Beurteiler empfinden, die sonst bereit sind, bei der Abwesenheit von wirklichem Humor und Wit mit dem bescheidensten Surrogat vorlieb zu nehmen.

Zu diesen für das Ansehen des Reichstags nicht gerade erspreßlichen Scherzen kam neuerdings hinzu, daß der „Antiblock“, wie man jetzt die Vereinigung von Zentrum und Sozialdemokratie bezeichnet, bei dem Vereinsgesetz in der unverantwortlichsten Weise von dem gefährlichen Mittel der Obstruktion Gebrauch machte. Wenn schon bei den Zolltarifsverhandlungen vor sechs Jahren die Obstruktion der Minderheit scharfen Tadel verdiente, so muß man doch zugeben, daß dieses Kampfmittel damals sinnvoller und mit mehr Aussicht angewandt wurde als jetzt. Denn zu jener Zeit konnte der zähe Widerstand der Minderheit wenigstens mit der entfernten Möglichkeit der Ermüdung des Gegners rechnen; es war nicht ganz ausgeschlossen, daß die Minderheit bei einzelnen Abstimmungen, in denen es durch Mittel der Obstruktion gelang, einen günstigen Augenblick zu erfassen, in eine Zufallsmehrheit verwandelt wurde, und daß so eine Durchlöcherung des Gesetzes und der Tarifbestimmungen glückte, die das Ganze unbrauchbar machte. Gegenwärtig beim Vereinsgesetz lagen jedoch die Verhältnisse ganz anders, und das hat auch der weitere Verlauf der Beratungen bestätigt. Die Obstruktion des Antiblocks war eine Torheit, eine Kinderei, die nur die Folge haben konnte, die Verhandlungen um einige Tage zu verlängern, die aber an der Entscheidung nichts mehr zu ändern vermochte. Das Reichstagsmandat scheint auf manche Leute einen eigentümlich verjüngenden Einfluß auszuüben; wenigstens bei dem Zentrum zeigt sich das Bedürfnis, Trost und Ärger zu bekunden, mitunter in Formen, die man sonst nur auf den Schulbänken zu suchen pflegt.

Nachdem am 3. April die Durchberatung des Vereinsgesetzes durch Obstruktionsreden und immer wieder beantragte namentliche Abstimmungen ohne vernünftigen Zweck endlos hinausgezogen war, sodaß man über die Annahme der Paragraphen 1 bis 6 in der Kommissionfassung nicht hinauskam, drehte sich am folgenden Tage die ganze Verhandlung allein um den Paragraphen 7, den Sprachenparagraphen. Über neun Stunden dauerte die Debatte! Die Gegner des Paragraphen nützten die Gelegenheit zum Reden sehr reichlich aus. Das würde ihnen niemand verdenken können, wenn sie in der Verteidigung ihrer Überzeugung etwas Neues und Wirkungsvolles hätten sagen können. Aber es waren sehr dürftige und allgemein gehaltne Klagen, die nur durch das Mittel künstlicher Verlängerung und beständiger Wiederholung mühsam den Anschein einer ehrlichen Verteidigung aufrecht zu erhalten suchten. Die Blockparteien hatten Verständnis genug, diese nicht eben glücklichen Versuche ihrer Gegner durch keine Schlufsanträge zu stören. Die Schwäche des Antiblocks zeigte sich auch in verschiedenen einzelnen Zügen. Der Abgeordnete Spahn brachte es fertig, dem Paragraphen 7 eine kulturkämpferische Absicht unterzulegen; der Kampf gegen die Muttersprache bedeute einen Kampf gegen die katholische Religion — wobei freilich der Zusammenhang zwischen öffentlichen Versammlungen und religiösem Leben unklar bleibt. Und mindestens unvorsichtig war der Hinweis der Antiblockredner auf die Gegensätze, die sich im Block zusammengefunden

haben. Der nationalliberale Abgeordnete Hieber, der besonders wirkungsvoll für den Sprachenparagraphen eintrat, konnte mit Recht schlagfertig dem Fürsten Radziwill erwidern: Auch Sie, Herr Abgeordneter Fürst Radziwill, sitzen in einer Fraktion mit dem Abgeordneten Eulersti. Noch schienen die Gegner die Hoffnung zu haben, daß sich ein Teil der bürgerlichen Linken von dem Kompromißantrag der Kommission zurückziehen werde. Der Abgeordnete von Bayer vereitelte diese Hoffnung. Er, der radikale Süddeutsche, der schon in der Kommission tapfer seine Stimme für eine vernünftige Auffassung des Prinzipienstandpunktes erhoben hatte, wiederholte jetzt im Plenum den wesentlichen Gedankengang seiner damaligen Ausführungen. Unter dem Toben und Höhnen des Zentrums und der Sozialdemokratie bekundete er das Festhalten an der Überzeugung, daß das neue Vereinsgesetz einen Fortschritt in freiheitlichem Sinne bedeute und an dem Paragraphen 7 nicht scheitern dürfe. Aber die preußische Polenpolitik sprach er mit verständiger Zurückhaltung. Daß er sie loben sollte, erwartete bei seinen bekannten politischen Grundsätzen natürlich niemand von ihm; um so schwerer fiel es ins Gewicht, daß er doch volles Verständnis für die eigenartige Lage des preußischen Staates bewies und — was für einen deutschen Politiker selbstverständlich sein sollte, es aber leider nicht ist — es ablehnte, den besondern Anwalt polnischer Interessen zu spielen. Was wir an dem Standpunkte Bayerns auszusetzen haben, ist hier früher dargelegt worden. Wenn er die vollen Konsequenzen seiner Erwägungen gezogen hätte, so hätte ihm sein politisches Gewissen auch ebensovot erlauben müssen, für den Paragraphen 7 in der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage zu stimmen. Diese Fassung kam nach der ganzen Lage jedoch nicht mehr in Betracht, nachdem sich die Parteien der Rechten und der Regierung über den Kompromißantrag geeinigt hatten, und der nachträgliche Versuch, den alten Paragraphen 7 wiederherzustellen, notwendig das ganze Gesetz gefährden und wichtigere politische Errungenschaften aufs Spiel setzen mußte. Deshalb muß das Auftreten Bayerns im Plenum von einem andern Standpunkte beurteilt werden als damals in der Kommission.

Die Haltung des Abgeordneten von Bayer sowie die des Herrn Müller-Meinungen erregte vorzugsweise die Wut der Blockgegner, die nun erst vollkommen erkennen mußten, daß ihr Spiel verloren war. Der neunstündige Kampf wurde mit einer an die schlimmsten Zolltarifdebatten erinnernden Leidenschaftlichkeit unter heftigen Zwischenrufen und lärmenden Unterbrechungen geführt. Aber es nuzte nichts; alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt und der Sprachenparagraph in der Kommissionsfassung mit 200 Stimmen gegen 179 bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Es ist übrigens wohl, solange der Reichstag besteht, noch nicht dagewesen, daß bei einer Abstimmung eine so hohe Präsenziffer erreicht wurde. Nur 15 Abgeordnete fehlten an der vollen Besetzung des Hauses, eine außergewöhnlich geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß das Fehlen einzelner wegen Unpäßlichkeit oder anderer Behinderungsgründe unvermeidlich ist. Man kann also sagen, daß von beiden Seiten der letzte Mann aufgeboten worden war, um jede Chance für den Sieg auszunutzen. Um so höher ist der hart errungne Sieg zu schätzen. Das Zustandekommen des Vereinsgesetzes mit dem allerdings bedenklich umgestalteten Sprachenparagraphen ist nun gesichert.

Der Reichstag wird gegen Ende dieser Woche seine Osterpause beginnen. Da das Vereinsgesetz bis dahin bestimmt, die Börsengesetznovelle wahrscheinlich erledigt wird, so behält der Reichstag diesmal für die Zeit nach Ostern nur ein geringfügiges Arbeitspensum übrig. Für die Börsengesetznovelle ist in der Kommission ebenfalls ein Kompromiß auf der Grundlage der von den Nationalliberalen eingebrachten Anträge abgeschlossen worden, und die Entscheidung darüber soll ebenfalls noch vor Ostern fallen.

Eine wichtige und interessante Verhandlung ist noch aus der vorigen Woche zu verzeichnen. Es handelte sich dabei um die Frage der Schiffsabgaben, die durch eine Interpellation zum Gegenstande der Erörterung gemacht worden war.

Greuzboten II 1908

Das Thema ist bekanntlich dadurch angeregt worden, daß der preußische Landtag die Verwirklichung der bekannten Kanalbaupläne seinerzeit davon abhängig gemacht hat, daß die Kosten für die Instandhaltung der künstlichen und die Regulierung der natürlichen Wasserstraßen durch besondere Abgaben aufgebracht werden. Die preußische Staatsregierung hat diesen Standpunkt als berechtigt anerkannt und sich zu eigen gemacht. Dagegen regt sich nun eine sehr scharfe Opposition in andern, vornehmlich außerpreußischen Interessentkreisen, die sich darauf stützen, daß solche Schiffsabgaben nach Artikel 54 der Reichsverfassung unzulässig seien. Wenn man die Sache so ansähe, würde sich unter Umständen daraus ein Konflikt zwischen Preußen und dem Reich ergeben. Es war deshalb durchaus gerechtfertigt, daß man die Sache gern im Reichstage klarstellen und die Stellung der Parteien dazu zu erfahren suchte. Das war die Veranlassung der Interpellation, die am 1. April besprochen wurde. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gab dabei die Erklärung ab, daß die Frage der Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung im Bundesrat noch nicht ganz abgeschlossen sei; man verhandle noch darüber. Doch ist die preußische Regierung so sehr von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Forderung überzeugt, daß sie, falls die Bedenken nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Bundesstaaten beseitigt werden, nötigenfalls auch Verhandlungen wegen Änderung des Verfassungsartikels 54 aufnehmen würde. Es ist nun sehr bemerkenswert, daß sich die Mehrheit des Reichstags in dieser Frage auf die Seite der preußischen Regierung gestellt hat. Die Parteien sind dabei nicht alle einheitlich gestimmt. In der nationalliberalen Partei finden sich gerade hier die Vertretungen sehr verschieden, zum Teil konkurrierender Interessen. Aber die Mehrheit der Partei neigt doch der Ansicht zu, daß es sich bei der Erhebung von Schiffsabgaben in der Form, wie sie von der preußischen Regierung in Aussicht genommen ist, um eine notwendige Einrichtung handelt, die dem Geiste und der Absicht des Artikels 54 keinesfalls widerspricht, auch wenn nach dem Wortlaut der Verfassungsbestimmung eine entgegengesetzte Deutung möglich sein sollte. Der erwähnte Artikel ist unter dem Einfluß der Erinnerung zustande gekommen, daß in frühern Zeiten die Binnenschifffahrt auf deutschen Wasserstraßen von den einzelnen Staaten als bequeme Einnahmequelle ausgenutzt wurde durch Erhebung von Finanzzöllen. Demgegenüber galt es ausdrücklich zu betonen, daß das Deutsche Reich ein einheitliches Handelsgebiet darstellen sollte, worin die Erhebung einzelstaatlicher Binnenschiffszölle verboten wurde. Die Fassung des Artikels 54 aber, wenn sie auch nicht sehr glücklich ausgefallen ist, zeigt doch, daß man sachlich gerechtfertigte Abgaben, die dem Zweck der Schifffahrt selbst dienen sollen und dieser wieder zugute kommen, nicht ohne weiteres mit dem Verbot treffen wollte. Die Zweifel, die darüber möglich sind, welche Abgaben als zulässig angesehen werden können oder nicht, geben natürlich den verschiedenen Interessentkreisen Gelegenheit, sich bei Geltendmachung ihrer Sonderwünsche auf die Reichsverfassung zu berufen. In Preußen würdigt man das so weit, daß beabsichtigt wird, nicht ohne weiteres von Staats wegen die Sache in die Hand zu nehmen, sondern Zweckverbände zu organisieren, die die Frage in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten regeln. So wird es hoffentlich gelingen, zu einer zweckmäßigen Verständigung zu gelangen.

In der letzten Zeit hatte die Welt auch wieder einmal ihre große Sensation. Wir meinen die Erörterungen, die sich an den sogenannten „Fall Tower-Hill“ knüpften. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Charlemagne Tower, sollte abberufen werden, und an seine Stelle sollte Herr David Jayne Hill treten. Alle Formalitäten waren erfüllt, als vor kurzem plötzlich behauptet wurde, die Ernennung des Herrn Hill sei von Berlin aus beanstandet worden. Alle amtlich informierten Stellen beickten sich, dieser Behauptung zu widersprechen, wie sie es mit gutem Gewissen auch tun konnten. Aber überall, wo die Sensation einen guten Boden fand, und wo man gern Deutschland etwas am Zeuge flickt, wurde die Behauptung

wiederholt, und bald tauchten Einzelheiten auf, die als Unterlagen des Gerüchts dienen sollten. Wir brauchen hier auf die einzelnen Stadien dieses Zwischenfalls nicht einzugehen, sondern nur zu erwähnen, daß die Sache so dargestellt wurde, als habe der Kaiser hinter dem Rücken seiner verantwortlichen Ämter Herrn Tower gegenüber Äußerungen getan, die die Besorgnis verrieten, Herr Hill werde sich möglicherweise auf dem Berliner Posten nicht wohl fühlen, da er nicht wohlhabend sei und darum in der Repräsentation nicht in die Fußstapfen seines bekanntlich sehr reichen Vorgängers treten könne. Daraufhin wurde der Vorfall in einigen amerikanischen Preßstimmen in der unglaublichsten Weise aufgebauscht, als ob der Kaiser der amerikanischen Regierung unerbetenen Rat erteilt habe; man solle nun als Antwort darauf den Botschafterposten in Berlin überhaupt unbefetzt lassen, und was dergleichen erregte Ausfälle mehr waren. Die wilde Agitation scheiterte an dem vornehmen und korrekten Auftreten der amerikanischen Regierung, die, von dem wirklichen Sachverhalt unterrichtet, nach dem Austausch würdiger Erklärungen von beiden Seiten die Angelegenheit zum Abschluß brachte und die Ernennung des Herrn Hill einfach vollzog. Wenn der Kaiser eine der berichteten ähnliche Äußerung getan hat, so ist es zweifellos, daß sie keine Spitze gegen Herrn Hill richten sollte. Es war eine im vertraulichen Privatgespräch hingeworfne, halb scherzhaftige Bemerkung, die in menschlich liebenswürdiger Form ausdrücken sollte, wie sehr man nach dem Weggang des Herrn Tower von Berlin das vermischen würde, was dieser als Botschafter durch seine reichen Mittel zu bieten in der Lage war, nämlich nicht etwa, wie man im Publikum wohl zu glauben scheint, besonders verschwenderische Feste und materielle Genüsse, sondern die Vermittlung eines besonders lebhaften Gedankenaustausches zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten durch Heranziehung interessanter Persönlichkeiten, Vermittlung ihrer Bekanntschaft mit dem Kaiser und eine vielverzweigte Tätigkeit, die der Annäherung und Bekanntschaft beider Nationen diene, aber ohne den Besitz großer Privatmittel nicht zu leisten war. Wenn eine solche Äußerung des Kaisers durch Indiskretion, vielleicht auch in mißverständlicher Form an die Öffentlichkeit kam, so bedarf es keiner besondern Erklärung, daß sie aufgegriffen und so gedeutet wurde, als habe der Kaiser die Befürchtung aussprechen wollen, daß Herr Hill nur wegen seiner verhältnismäßig geringen Mittel sein Land nicht würdig genug in Berlin repräsentieren werde. Die Sache war arglistig genug ausgedacht. Sie mußte, in dieser Form an die Öffentlichkeit gebracht, die Eigenliebe der Amerikaner verletzen und den Anschein einer fremden Einmischung in die Entscheidungen ihrer Behörden erwecken; sie mußte aber auch in Deutschland unangenehm berühren, da es so ausah, als ob sich der Kaiser in der Tat allzu-eifrig um Dinge gekümmert habe, die doch zunächst die Amerikaner angingen. Und so wurde es ja auch bei uns von Blättern, die sich gern in der Kritik des Monarchen ergehen, aufgefaßt. Man übersah dabei, wie es leider häufig geschieht, daß bei solchen Äußerungen, die doch nur durch Indiskretion und völlig unkontrolliert zum Ausgangspunkt öffentlicher Erörterungen gemacht werden, der Kaiser doch in erster Linie ein Recht darauf hat, daß seine Sache von uns dem Auslande gegenüber als die unsrige angesehen wird, weil alles, was ihn trifft, auch uns und das gemeinsame Interesse trifft. Es war ein beschämendes Schauspiel, daß eine fremde Regierung in diesem Falle ein besseres Verständnis für unsre eigne nationale Würde hatte als ein — glücklicherweise diesmal nur geringer — Teil unsrer Presse.

Der kleine Meyer. Die Anzeige des Herderschen Konversationslexikons im 8. Hefte veranlaßt das Bibliographische Institut von Meyer in Leipzig, mir die ersten drei Bände der siebenten, gänzlich neubearbeiteten und vermehrten Auflage seines, Kleinen Konversationslexikons zu übersenden. Die Auflage ist von drei Bänden auf sechs erweitert worden und enthält über 6000 Seiten Text mit etwa 520 Illustrations tafeln (darunter 56 Farbendruck tafeln und 110 Karten

und Pläne) und etwa 100 Textbeilagen. Jeder Band (in Halbleder) kostet 12 Mark. Der vierte Band soll Mitte dieses Jahres erscheinen, die übrigen zwei Bände werden in fünfmonatigen Abständen folgen. Nun ist der Weltruf von Meyers Institut so fest gegründet, daß seine Erzeugnisse meiner Empfehlung wahrlich nicht bedürfen. Wenn ich dennoch meinen Dank für die freundliche Gabe mit einigen Zeilen abstatte, so geschieht es in der Voraussetzung, daß es manchen Grenzbotenlesern gehn mag wie mir: ich hatte bis dahin nur den großen Meyer gekannt. Was ich zum Lobe des Herderschen Werkes gesagt hatte, trifft, wie ich jetzt sehe, auch auf den Kleinen Meyer zu: er bietet in mäßigem Umfange und um einen leicht erschwingbaren Preis alles, was der Nichtfachmann braucht und sich wünschen kann. Quantitativ kommt er dem Herder beinahe gleich, da jeder seiner sechs Bände etwas stärker ist als je einer der Herderschen acht. Und was die Qualität betrifft, so versteht es sich bei einem Meyer von selbst, daß die wissenschaftlichen wie die biographischen Artikel auf der Höhe der Forschung, die Illustrationen auf der Höhe der Technik stehen; auf Einzelheiten einzugehen, wäre vollkommen überflüssig. Der Unterschied der beiden Nachschlagewerke besteht vorzugsweise darin, daß Herder manches bringt, was katholische Benutzer besonders interessiert; so zum Beispiel über den katholischen Philosophen Baader etwas ausführlicher berichtet als Meyer; dafür betragen die der Elektrizität gewidmeten Abhandlungen bei Meyer zusammen beinahe doppelt soviel wie bei Herder (31 gegen 17 Seiten). Die Artikel Afrika, Ägypten, Assyrien, Babylonien sind ziemlich gleich lang. Unterläßt es Herder nicht, in den Artikeln über Arbeit und Arbeiterfrage die Veränderung zu erwähnen, die nach dem Kirchenglauben infolge des Sündenfalls mit der Arbeit vorgegangen sein soll, so hebt dafür Meyer den wichtigen Unterschied zwischen der rationellen und der bloß philanthropischen Behandlung der Arbeiterfrage hervor. Meidet Herder nach Möglichkeit alles, was Protestanten verletzen könnte, so schont Meyer andererseits die katholische Empfindlichkeit. Artikel wie „Ablaß“, „Heilige“, „Jesuiten“, „Calvin“, „Jugonotten“ sind ganz objektiv gehalten. Die großen Päpste, bei denen man zur Ergänzung die entsprechenden Kaisergeschichten heranziehen muß, werden sehr kurz abgefertigt. Die das Christentum im allgemeinen, die Person Christi und die Bibel betreffenden Artikel atmen den Geist Harnacks. Hier und da — nur in untergeordneten Dingen — macht sich der nicht sowohl dem Katholizismus als der positiven Religion überhaupt abgeneigte Geist unsrer Zeit ein klein wenig bemerkbar, so wenn die Fürstin Amalie Goltzyn (Galltzin) in der ihr gewidmeten zehn Zeilen kurzweg als „religiöse Schwärmerin“ charakterisiert wird. Sogar in der ausführlichen Schilderung Goethes, der doch wahrlich weder ein Pietist noch ein Ultramontaner war, erscheint sie als eine sehr praktische Frau, und Schwärmerinnen pflegen nicht praktisch zu sein (Kampagne in Frankreich, Münster, November 1792). Indes, in den feineren Schattierungen kann kein solches Werk jedem Geschmack genügen; das wesentliche ist, daß es sich in den Tatsachen zuverlässig erweist, und das ist bei Meyer natürlich der Fall. Man darf sagen, daß Herder und der Kleine Meyer einander ergänzen, und da ich um die Verständigung der Konfessionen in Deutschland bemüht bin, so würde ich wünschen, daß die Protestanten den Herder, die Katholiken den Kleinen Meyer kauften, wenn solche Wünsche etwas nützen.

C. J.

ODOL

Das Mundwasser